

Sofortinformation des Bundesgeschäftsführers über die Beratung des Parteivorstandes am 4. April 2020

Liebe Genossinnen und Genossen,

an dieser Stelle möchte ich mich zuerst einmal recht herzlich bei allen (ehrenamtlichen) Aktiven bedanken, die seit bald einem Monat ihr Bestes dafür geben, dass die Orts-, Kreis- und Landesverbände weiterhin politisch aktiv sind. Es ist für alle eine enorme Belastung, sich in den Strukturen abzustimmen, Aktivitäten unter den Bedingungen der Kontaktsperre zu entwickeln, den Kontakt zu unseren Mitgliedern zu halten oder auch Neumitglieder einzubinden. Dieser Dank gilt auch allen Beschäftigten der Bundesgeschäftsstelle, die täglich überlegen, wie sie uns allen Hinweise, Anregungen und Hilfestellungen geben und gleichzeitig auch längerfristig angelegte Aufgaben gestemmt bekommen können. **Herzlichen Dank!**

Unsere allgemeine, **politische Verständigung** war fast ausschließlich von Einschätzungen zu den Auswirkungen der Corona-Krise geprägt (Ausnahme: Rüstungsexporte, 50 Jahre Contergan-Skandal). Es zog sich durch, dass wir eine Vertiefung von sozialer Ungleichheit beobachten können. Beispielsweise stellt sich die Frage, wie Homeschooling gut gewährleistet werden soll, wenn Familien das Geld zur Anschaffung entsprechender Technik fehlt. Völlig unbeantwortet in der öffentlichen Debatte ist bisher die Frage, wie sich Wirtschaft und Gesellschaft nach Bewältigung der Corona-Krise aufstellen sollen und wer eigentlich die gesamte Zeche zahlen wird.

Wir hatten ja am 28. März den ersten Teil unseres Beschlusses „**Solidarisch aus der Krise. Menschen vor Profite!**“ verabschiedet. In unserer jetzigen Videokonferenz diskutierten wir die wirtschaftspolitischen und internationalen Forderungen. Wir sind davon überzeugt, dass zur **Finanzierung der Krisenkosten** die Vermögenden herangezogen werden müssen. Es kann nicht sein, dass die Dividendenausschüttung bei den Großkonzernen weitergeht und die gleichen Konzerne Staatshilfen beantragen oder ihre Mitarbeiter/innen in die gesellschaftlich finanzierte Kurzarbeit schicken.

Unter den Bedingungen von **Schuldenbremse** und **Schwarzer Null** – beides lehnen wir als neoliberale Ideologie der Umverteilung von unten nach oben ab - werden wir nach der Bewältigung der Krise eine Diskussion bekommen, wer eigentlich für die ganzen Kosten aufkommen wird. Wir sagen: Die **Vermögensteuer** muss wieder in Kraft gesetzt werden: 5% auf alle Vermögen oberhalb von einer Million Euro. Der **Solidarzuschlag** ist die gerechteste Steuer, die wir derzeit haben: er belastet die hohen Einkommen stark und die niedrigen nicht. Gerade in der Corona-Krise muss er erhalten statt abgeschafft werden. Die **Einkommensteuer** muss so umgestaltet werden, dass der Freibetrag erhöht wird. Die Besteuerung von hohen und Höchsteinkommen wollen wir verschärfen. Anders als Bund und Länder können Kommunen die Ausnahmeregelung der Schuldenbremse nicht nutzen. Wir wollen deshalb einen **Rettungsschirm für die Kommunen**: Übernahme der Altschulden in einen Altschuldenfonds, Ersatz der Steuerausfälle und die Übernahme von krisenbedingten Mehrausgaben (z.B. bei den Gesundheitsämtern und den Kosten der Unterkunft bei Hartz IV) durch den Bund.

Beim Blick über den Tellerrand hinaus unterstützen wir als **Friedenspartei** UN-Generalsekretär António Guterres. Er fordert einen globalen Waffenstillstand. Er rief alle Konfliktparteien weltweit auf, die "Gewehre zum Schweigen zu bringen, wie Artillerie zu stoppen und Luftangriffe zu beenden". Jetzt ginge es darum, dass die Welt alle Kräfte und Anstrengungen gegen den Coronavirus mobilisiere. Ja! Wir als Friedenspartei sagen: Es ist keine Zeit für internationale Militärmanöver, andere Drohgebärden und die Aufrechterhaltung der NATO-Aufrüstungsforderungen. Bestehenden Militäreinsätze müssen beendet werden. Rüstungsexporte müssen beendet werden. Die Bundesregierung muss die Initiative von António Guterres unterstützen und dies mit ihrem wirtschaftlichen und diplomatischen Gewicht gegenüber anderen Staaten deutlich machen.

Der Gesamtbeschluss ist auf unserer Themenseite <https://www.die-linke.de/corona/> zu finden.

Ich informierte den Parteivorstand über die aktuelle Situation zur Vorbereitung und Durchführung des **Bundesparteitags**. Derzeit ist es für unsere Gliederungen nicht möglich Delegiertenwahlen stattfinden zu lassen - teilweise reichen entsprechende Kontaktverbote regional bereits jetzt schon bis in den Juni hinein. Der Parteivorstand war ebenfalls der Auffassung, dass der Termin im Juni nicht gehalten werden kann. Es sei ratsam, nach einem Ersatztermin zu suchen. Damit diese Planungsänderungen breit getragen werden, findet hierzu am 7. April 2020 eine gemeinsame Beratung des GfPV mit den Landesvorsitzenden und Landesgeschäftsführer/innen statt. Am 14. April wird der PV in seiner nächsten Videokonferenz dann die weiteren formalen Schritte für eine **Verschiebung** einleiten. Laut Satzung müssen wir bis zum Jahresende einen Parteitag durchführen und auch den Parteivorstand neu wählen.

Weiterhin berichtete ich dem Parteivorstand über den Arbeitsstand einer Arbeitsgruppe, die mit der **BAG Grundeinkommen** den Prozess eines Mitgliederentscheids diskutiert. Die weiteren Verabredungen mit der BAG werden dem Parteivorstand für die Sitzung am 14. April schriftlich vorgelegt.

Der Parteivorstand nahm Vorschläge einer Arbeitsgruppe zur Änderung der **Bundessatzung** zur Kenntnis. Eine Abstimmung darüber erfolgt im Umlauf.

Weitere Beschlüsse befassten sich mit der Beteiligung an der Sommeruniversität der Europäischen Linken (inzwischen aber abgesagt) und der Einrichtung einer AG zur **Weiterentwicklung der Online-Kommunikation**.

Die nächste Videokonferenz des PV findet am 14. April statt. Technisch prüfen wir derzeit noch, in welcher Art und Weise die Videokonferenzen mitgliederöffentlich gestaltet werden können. Wir geben hierzu so schnell wie möglich Bescheid.

Mit solidarischen Grüßen

Jörg Schindler